

## Pressemitteilungen von GREEN CROSS Schweiz

Pressemitteilung vom 19. Juni 2001:

### Nationalrat überweist Motionen Imhof und Paupe an den Bundesrat

#### Mehr Engagement der Schweiz in der C-Waffenabrüstung gefordert

Bern (ots) - Der Nationalrat überwies heute die Motionen Imhof und Paupe zur Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung an den Bundesrat. Die am 4. Oktober 2000 von Nationalrat Rudolf Imhof und Ständerat Pierre Paupe eingereichten Motionen sollen zur wirksamen Durchsetzung des internationalen Chemiewaffenübereinkommens (Chemical Weapons Convention, CWC) beitragen. Die Vernichtung von chemischen Waffen ist ein zentrales Anliegen zur Sicherung des Friedens in der Welt.

Mit der Überweisung der Motionen ist der Bundesrat beauftragt, den eidgenössischen Räten in einer Botschaft eine Gesamtschau zu unterbreiten mit Optionen-katalog und entsprechendem Finanzrahmen für aktive Beiträge der Schweiz zur Förderung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung. Die Botschaft soll auch den Einbezug der Wirtschaft und weiterer ziviler Kräfte beinhalten, da diese zum Teil vor Ort effizienter und kostengünstiger arbeiten. Auch Initiativen für ein verstärktes Engagement der internationalen Gemeinschaft sowie vertrauensbildende Massnahmen und die Teilnahme an Projekten der Katastrophenprävention und der technischen Zusammenarbeit in Gebieten mit Chemiewaffenlagern sollen geprüft werden.

Sorge bereitet vor allem die Vernichtung des grössten Chemiewaffenarsenals der Welt in Russland. Für die Vernichtung von 40'000 t Kampfstoffen müssten gemäss neusten Schätzungen rund 5 Milliarden CHF aufgewendet werden. Solch hohe Vernichtungskosten kann Russland nicht aufbringen. Möglich ist dies nur mit gewaltiger Unterstützung durch die westlichen Länder. Besonders gefordert sind dabei die Regierungen der europäischen Staaten. Wegen der geographischen Nähe zu Russland müsste hier auch das Interesse am grössten sein.

Mit dem Weiterbestehen von Chemiewaffenlagern bleibt auch das Risiko von Katastrophen mit vielen Toten und massiver Umweltzerstörung, und das Risiko eines Missbrauchs von Chemiewaffen für Terror, Erpressung oder in einem Regionalkonflikt würde entsprechend zunehmen. Die Chemiewaffenvernichtung verdient deshalb in den schweizerischen Bemühungen zur internationalen Abrüstung und Erhöhung von globaler Sicherheit und Stabilität hohe Priorität.

Rudolf Imhof, Nationalrat  
Pierre Paupe, Ständerat

ots Originaltext: Rudolf Imhof, Nationalrat

obs Originalbild: [www.newsaktuell.ch/d/galerie.htx?type=obs](http://www.newsaktuell.ch/d/galerie.htx?type=obs)

Internet: [www.newsaktuell.ch](http://www.newsaktuell.ch)

Kontakt:  
Rudolf Imhof, Nationalrat  
Tel. +41 79 582 61 57  
Tel. +41 31 322 99 11 (vormittags)

Pierre Paupe, Ständerat  
Tel. +41 31 322 99 11 (vormittags)  
Tel. +41 31 322 99 04 (nachmittags)

---

## Aus dem Tages-Anzeiger, 30. Juni 2001

Der Nationalrat ist für ein stärkeres Engagement der Schweiz in der Chemiewaffenabrüstung. Er hat mit 126 gegen 42 Stimmen eine Motion überwiesen, die vom Bundesrat eine Botschaft zur C-Abrüstungspolitik und konkrete Massnahmen fordert.

Die Motion von Ständerat Pierre Paupe (CVP/JU) war im Dezember von der kleinen Kammer oppositionslos angenommen worden. Die Schweiz solle sich in Rahmen des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) von 1997 stärker engagieren, was sie - verteilt auf 6 bis 8 Jahre - 20 bis 50 Millionen Franken kosten würde. In der letzte Woche begonnenen Diskussion hatte Valérie Garbani (SP/NE) seitens der Sicherheitspolitischen Kommission in Erinnerung gerufen, dass laut CWÜ die Abrüstung bis 2007 erfolgen müsse. Insbesondere Russland benötige dazu internationale Hilfe.

Demgegenüber forderte Kurt Wasserfallen (FDP/BE) mit einer Kommissionsminderheit die Umwandlung des Vorstosses in ein unverbindlicheres Postulat. Er begrüßte die Stossrichtung der Motion, verwies aber auf den russischen Bürokratismus. Auch wolle man einen Präzedenzfall verhindern, auf den sich andere Länder, die Chemiewaffen zu vernichten haben, berufen könnten.

Die Fraktionssprecher setzten sich mit Ausnahme von SVP und FDP für die Motion ein. Walter Donzé (EVP/BE) bezeichnete die chemischen Altlasten aus dem Kalten Krieg als Risiken von ungeheuerem Ausmass.

Mario Fehr (SP/ZH) betonte, Abrüstung liege im Eigeninteresse der Schweiz. Je länger man warte, desto höher werde das Risiko. Für Barbara Polla (LPS/GE) entspricht es der humanitären Tradition der Schweiz, sich zu engagieren.

Im Gegenzug betonte Ulrich Schlüer (SVP/ZH), dass Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion verantwortlich für die Abrüstung seiner C-Waffen sei. Das Land habe genug Geld für den Krieg in Tschetschenien und müsse in die Pflicht genommen werden. Es sei nicht am Schweizer Steuerzahler, für Russland zu zahlen.

Josef Leu (CVP/LU) entgegnete, dass die Motion Entscheidungsgrundlagen fordere, die das spätere Engagement erst umreissen. Russland kooperiere bei der Abrüstung, das Engagement der Staatengemeinschaft sei gerechtfertigt.

Edi Engelberger (FDP/NW) unterstützte die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Der Bundesrat bedürfe keines zusätzlichen Drucks. Dagegen forderte Rudolf Imhof (CVP/BL), der eine gleichlautende Motion im Nationalrat deponiert hatte, eine Führungsrolle der Schweiz.

Der Bundesrat beantragte die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Aussenminister Joseph Deiss betonte, dass sich die Schweiz bereits stark engagiere. Er erwähnte zudem, dass in Russland eine positive Entwicklung eingesetzt habe. Es würden nun mehr Gelder für die Abrüstung eingesetzt, die eine staatliche Kommission überwache.

Der Bundesrat führte jedoch Bedenken gegen die mit der Motion verbundenen Kosten - Deiss sprach von 200 Millionen Franken - ins Feld.

Weitere Infos bei:

GREEN CROSS Schweiz  
Postfach, CH-8036 Zürich  
Tel. 01 461 12 12 Fax 01 461 11 70  
E-Mail: [info@greencross.ch](mailto:info@greencross.ch)  
Internet: <http://www.greencross.ch>

